

17. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dirk Behrendt (GRÜNE)

vom 25. Juni 2012 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 27. Juni 2012) und **Antwort**

Staatsanwaltschaft: Weiterhin kein Ansprechpartner für homophob motivierte Straftaten? (Ergänzung zu 16/14292)

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Hält der Senat weiterhin die Einrichtung eines Ansprechpartners für homophob motivierte Straftaten bei der Berliner Staatsanwaltschaft für überflüssig?

2. Wie beurteilt der Senat die Forderung von Verbänden aus dem LGBT-Spektrum nach Einrichtung eines solchen Ansprechpartners (zuletzt im Innenausschuss vom 11. Juni 2012)?

3. Wie bewertet der Senat Forderungen, bei der Berliner Staatsanwaltschaft eine Schwerpunktzuständigkeit für homophob motivierte Straftaten einzurichten?

Zu 1. bis 3.: Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz hat im Rahmen der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und sexuelle Vielfalt“ am 7. Juni 2012 zu einem Gespräch für den 19. Juli 2012 eingeladen, bei dem zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern der Strafverfolgungsbehörden die Problematik homophob motivierter Straftaten erörtert werden soll.

Im Hinblick auf eines der Ziele der Initiative, durch gezielte Maßnahmen der Strafverfolgungsbehörden die Sensibilität für die Belange der Opfer zu erhöhen und Gewalt sowie Diskriminierung gezielt zu bekämpfen, sollen im Rahmen des Gesprächs mögliche Auswirkungen der Initiative auf die Arbeitsabläufe bei den Strafverfolgungsbehörden im Zusammenhang mit der Verfolgung der in Rede stehenden Straftaten erörtert werden. Dem Ergebnis des Gesprächs soll nicht vorgegriffen werden. Im Rahmen der für die Beantwortung Kleiner Anfragen geltenden Fristen kann das Ergebnis dieses Gesprächs an dieser Stelle noch nicht mitgeteilt werden.

Berlin, den 16. Juli 2012

In Vertretung

Alexander Straßmeir
Senatsverwaltung für Justiz
und Verbraucherschutz

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 27. Juli 2012)